

„Keine Anreize für die Frühverrentung“

ama. ERFURT, 24. September. Zum 67. Mal haben sich die Mitglieder des Deutschen Juristentages getroffen, dieses Mal in Erfurt. Die Mitglieder der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht, die bekannt sind für hitzige Debatten zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerflügel, waren sich dieses Jahr im Grundsatz einmal einig: Die Stellung der älteren Arbeitnehmer im Arbeits- und Sozialrecht muss überarbeitet werden. Die jetzige Rechtslage werde den Interessen der Älteren und auch den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes nicht gerecht. Zu diesem Schluss war schon der Gutachter Ulrich Preis in seiner Analyse gekommen. Die Älteren würden durch viele rechtliche Anreize dazu verleitet, weit vor dem Rentenalter aus dem Berufsleben auszusteigen. Zugleich würden die zahlreichen Schutzzvorschriften für Ältere diese Personengruppe für die Arbeitgeber unattraktiv machen. Die gesamte Rechtsordnung, vom Kündigungsschutz über das Rentensystem bis zu den Aufbausystemen für Arbeitslose, beruhe auf falschen Grundannahmen, klagten der Gutachter und viele Diskutanten.

Der Deutsche Juristentag, ein Verein mit etwa 7000 Mitgliedern aller juristischen Berufe, tritt alle zwei Jahre zusammen, um über Änderungsbedarf in verschiedenen Rechtsgebieten zu diskutieren. Danach liefern die Juristen dem Gesetzgeber Änderungsvorschläge, die nicht selten später Gesetz werden. In diesem Jahr hat der Kölner Arbeitsrechtler Preis tiefgreifende Änderungsvorschläge unterbreitet, die auch weitgehend in die Beschlussvorlage eingeflossen sind: „Gesetzliche Anreize für ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben sind konsequent abzubauen“, heißt es in dem Papier, über das die Juristen am Donnerstag abstimmen werden. Altersgrenzen in Verträgen solle der Gesetzgeber nur noch gestatten, „wenn zwingende Gründe des Gemeinwohls oder Grundrechte Dritter dies erfordern“. Zumindest sollten die Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, sich von den Altersgrenzen zu befreien. Und das Lebensalter und die Nähe eines Arbeitnehmers zum Renteneintrittsalter sollten bei Kündigungen keine Rolle spielen. Auch

Mehr als 2700 Juristen sind nach Erfurt gekommen, um rechtspolitische Reformvorschläge zu entwickeln. Ein Hauptthema ist das Arbeitsrecht und die Situation älterer Arbeitnehmer. Für sie setze das Recht die falschen Anreize.



2700 Juristen diskutieren in Erfurt

die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit wollen die Juristen – laut Beschlussvorlage – wie geplant auslaufen lassen. Und die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld lehnen sie danach ebenfalls ab.

Um ihrer Debatte die nötige ökonomische Basis zu geben, hatte die arbeitsrechtliche Abteilung in diesem Jahr einen Exoten zur Diskussion eingeladen: Auf dem Podium saß der Ökonom Ulrich Walwei, stellvertretender Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Walweis Analyse kam zu dem Ergebnis: „Die Älteren sind Problemgruppe und Hoffnungsträger zugleich.“ Zwar habe Deutschland im Vergleich mit allen anderen OECD-Staaten eine sehr hohe Arbeitslosenquote bei Älteren. Gerade ältere Frauen und Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation hätten besonders schlechte Chancen darauf, Wege aus der Arbeitslosigkeit zu finden. Wenn doch, dann verdienten sie deutlich weniger als Junge nach einer Phase der Arbeitslosigkeit. Außerdem werde von 2015 an das „Erwerbspersonenpotential“, also die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte in Deutschland, drastisch sinken. Doch es gebe auch positive Entwicklungen. Die

„Rente mit 67“ habe das Potential der Erwerbstätigen wieder vergrößert. Ihre Erfahrung und ihre zum Teil sehr gute Ausbildung mache die Älteren zu Hoffnungsträgern. Den Juristen riet Walwei, juristische Anreize für einen frühen Renteneintritt zu beseitigen und das „Weiterbildungsproblem“ in Deutschland anzugehen. Er empfahl, das auch rechtlich zementierte Arbeitsmarktkonzept aufzugeben, wonach die Alten den Jungen Platz machen sollen: „Von einem hohen Beschäftigungsstandard in allen Altersgruppen profitieren alle.“

Die gewerkschaftsnahen Juristen warnen ihre Fachkollegen vor einer „ökonomistischen Sichtweise“ auf die Rechtssituation der Älteren. Ziel der Beschlüsse müsse es sein, „Ventile zu finden, die den Arbeitnehmern einen flexiblen Ausstieg zu materiell sicheren Bedingungen geben“, sagte Helga Schwitzer, Vorstandsmitglied der IG Metall. Altersteilzeit könnten sich ohnehin viele einkommensschwache Arbeitnehmer gar nicht leisten. Der DGB forderte den Juristentag auf, die Weichen für „altersgerechte“ Arbeitszeiten zu stellen und die Rehabilitation und Wiedereingliederung kranker Arbeitnehmer zu verbessern.

ANZEIGE

FAZ
25.09.08